

# Journal für Entwicklungspolitik (JEP)

Austrian Journal of Development Studies

Herausgeber:

Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den  
Österreichischen Universitäten  
Projekt Internationale Entwicklung /  
Zentrum für überfakultäre Forschung der Universität Wien

Redaktion:

Gerald Faschingeder, Karin Fischer (verantwortl.),  
Margit Franz, Ingeborg Grau, Irmi Hanak,  
Franz Kolland, René Kuppe, Brita Neuhold,  
Andreas Novy, Herwig Palme,  
Christof Parnreiter, Petra Purkarthofer,  
Kunibert Raffer, Andreas Schedler,  
Walter Schicho, Anselm Skuhra

Board of Editors:

John-ren Chen (Innsbruck), Hartmut Elsenhans (Leipzig),  
Jacques Forster (Genève), John Friedmann (St. Kilda),  
Peter Jankowitsch (Paris), Friedrich Katz (Chicago),  
Helmut Konrad (Graz), C. T. Kurien (Madras),  
Ulrich Menzel (Braunschweig), Jean-Philippe Platteau (Namur),  
Dieter Rothermund (Heidelberg),  
Heribert Steinbauer (Wien), Paul Streeten (Boston),  
Osvaldo Sunkel (Santiago de Chile)

Brandes & Apsel / Südwind

Auf Wunsch informieren wir regelmäßig über das Verlagsprogramm sowie die Beiträge dieser Zeitschrift. Eine Postkarte an den Brandes & Apsel Verlag, Scheidswaldstr. 33, D-60385 Frankfurt a. M. genügt. Oder per e-mail: **Brandes-Apsel@t-online.de** genügt. Nähere Informationen über bisher erschienene Hefte (Schwerpunkte, Beiträge etc.) erhalten Sie auch direkt unter folgender Internet-Adresse: <http://www.univie.ac.at/int-entwicklung/jep>

Gefördert aus öffentlichen Mitteln  Österreichische  
Entwicklungszusammenarbeit

**Journal für Entwicklungspolitik (JEP)**

ISSN 0258-2384, ISBN 3-86099-631-2, Erscheinungsweise: vierteljährlich, Heft 3/2002; XVIII. Jg.  
Preis Einzelheft: € 9,90/ sFr 18,30, Preis Jahresabonnement: € 39/ sFr 68,-  
Abonnementsbezug für Deutschland, Schweiz u. a.:  
Brandes & Apsel Verlag GmbH, Scheidswaldstr. 33, D-60385 Frankfurt a. M.  
Abonnementsbezug nur für Österreich:  
Südwind-Buchwelt Buchhandelsges. m. b. H., Baumgasse 79, A-1034 Wien  
Redaktionsadresse:  
Journal für Entwicklungspolitik, Währingerstr. 17/104, A-1090 Wien  
E-mail: [int-entwicklung@univie.ac.at](mailto:int-entwicklung@univie.ac.at)

1. Auflage 2002

© by Brandes & Apsel Verlag GmbH, Scheidswaldstr. 33, D-60385 Frankfurt a. M.

Jede Verwertung bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Redaktion und des Verlages. Das gilt insbesondere für Nachdrucke, Bearbeitungen und Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in allen Arten von elektronischen und optischen Systemen, der öffentlichen Wiedergabe durch Hörfunk-, Fernsehsendungen und Multimedia sowie der Bereithaltung in einer Online-Datenbank oder im Internet zur Nutzung durch Dritte. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Verlages wieder.

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den Österreichischen Universitäten, Währingerstr. 17/104, A-1090 Wien. Grundlegende Richtung des JEP: Wissenschaftliche Analysen und Diskussionen von entwicklungspolitischen Fragestellungen und Berichte über die entwicklungspolitische Praxis. Verantwortlich für Inhalt und Korrekturen sind die Autoren bzw. die Redaktion.

Umschlaggestaltung: Volker Plass, Wien

Satz: Ch. Weismayer, A-1080 Wien/A-5026 Salzburg

Druck: Difo-Druck GmbH, Bamberg, Deutschland

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem und chlorfrei gebleichtem Papier

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme:

Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei der Deutschen Bibliothek erhältlich.

ISSN 0258-2384  
ISBN 3-86099-631-2

**JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK, XVIII. Jg., Heft 3, 2002**  
**Austrian Journal of Development Studies**

**Neoliberalism at work: Netzwerke, Wissensproduktion und neue Eliten in der Peripherie**

**Schwerpunktredakteurin: Karin Fischer**

|   |     |
|---|-----|
| Editorial . . . . .   | 205 |
| <b>Artikel</b>  |     |
| Bernhard Walpen<br>Neoliberale Wissensproduktion in Taiwan<br>Eine erste Problemskizze . . . . .  | 209 |
| Karin Fischer<br>Neoliberale Transformation in Chile<br>Zur Rolle der ökonomischen und intellektuellen Eliten . . . . .   | 225 |
| Dieter Plehwe<br>Neoliberale Ideen aus der nationalen Peripherie ins Zentrum gerückt:<br>Der Fall Mexiko . . . . .  | 249 |
| Nora Sausmikat<br>Die Intellektuellen und der Staat:<br>Neue Diskursstrategien zu Demokratisierung und politischer Reform<br>in der Volksrepublik China . . . . . | 265 |
| Issa G. Shivji<br>From Liberation to Liberalization<br>Intellectual discourses at the University of Dar es Salaam, Tanzania . . . . .                             | 281 |
| Rezensionen . . . . .   | 295 |
| Über Autoren und Autorinnen . . . . .   | 301 |
| Informationen für Autoren und Autorinnen . . . . .  | 302 |

- Wade, Robert. 1993. „Managing Trade. Taiwan and South Korea as Challenges to Economics and Political Science.“ *Comparative Politics*, Bd. 25, Nr. 2 (1993), 147–167.
- Walpen, Bernhard. 2000. „Von Igel und Hasen oder: Ein Blick auf den Neoliberalismus.“ *UTOPIE kreativ*, Nr. 121/122 (2000), 1066–1079.
- Walpen, Bernhard. 2002. „Der Plan, das Planen zu beenden“. *Eine hegemonietheoretische Studie zur Mont Pèlerin Society* (Unveröffentlichte Arbeit).
- Williamson, John. 1999. „Economic Reform: Content, Progress, Prospects.“ Paper presented at the 50th anniversary celebration of the University of Baroda, 23 November 1999, <http://www.iie.com/papers/williamson1199.htm>, 20. Juni 2002.
- Yu, Tzong-shian, Joseph S. Lee, Hg. 1995a. *S. C. Tsiang. His Contribution to Economic Theory*. Taipei: CIER.
- Yu, Tzong-shian, Joseph S. Lee, Hg. 1995b. *Confucianism and Economic Development*. Taipei: CIER.

*Bernhard Walpen, Bethlehem Mission Immensee  
Research Department, Social Sciences and Economics,  
CH-6405 Immensee  
e-mail: bwalpen@romerohaus.ch*

Journal für Entwicklungspolitik XVIII/3, 2002, S. 225–248

**Karin Fischer**

## Neoliberale Transformation in Chile

### Zur Rolle der ökonomischen und intellektuellen Eliten

Die neoliberale Transformation verlief in Chile frühzeitig und unter besonders gewaltsamen Bedingungen. Die im Gefolge des Militärputsches ab 1975 durchgesetzten Umstrukturierungen zählen weltweit zu den ersten, bei denen neoliberale Vorstellungen von Wirtschaft und Gesellschaft weitreichend umgesetzt wurden. Eine wichtige Rolle bei dieser Transformation spielte eine Gruppe marktradikaler Ökonomen, die sog. Chicago Boys. Den zur intellektuellen Staatselite aufgestiegenen neoliberalen Vordenkern wurde auf Einladung von Pinochet ein optimales Experimentierfeld geboten, noch bevor deren Lehrmeinungen mit dem Regierungsantritt von Margaret Thatcher in Großbritannien 1979 und von Ronald Reagan in den USA 1980 zur offiziellen Staatsdoktrin wurden.

Der radikale Bruch mit den politischen und institutionellen Arrangements der vorangegangenen vier Jahrzehnte war nur unter autoritären Bedingungen möglich, denn die sozialen Kosten der neoliberalen Strukturanpassung wären unter demokratischen Bedingungen wohl kaum zu verarbeiten gewesen. Die tiefe Krise des politischen Systems und der repressive Rahmen allein erklären jedoch nicht die relative Stabilität der chilenischen Militärregierung. Voraussetzung dafür war zum einen die Unterstützung der gesellschaftlich dominanten (Unternehmer-)Sektoren, die – bis weit in die Mittelschichten hinein – die soziale Basis des Regimes bildeten. Zum anderen bedurfte es der Entfaltung eines machtvollen neoliberalen Diskurses, um die Transformation als „revolutionäres Projekt“ in der Gesellschaft zu verankern. Die diskursiv-ideologischen Praktiken des Regimes bewirkten einen weitreichenden Wandel in der Orientierung breiter Teile der Bevölkerung und der Opposition, einen Mentalitätswandel, der auch nach dem 1990 vollzogenen Übergang zur Demokratie fortwirkt und neoliberalen Prinzipien eine anhaltende Wirkungsmacht in der Gesellschaft sichert.

Um die breite Unterstützung für die vom Militärregime durchgesetzte autoritäre Modernisierung zu begründen, wird in einem ersten Schritt die Entwicklung der chilenischen Wirtschaftseliten nachgezeichnet. In einem zweiten Schritt wird gezeigt, auf welche Weise Staatsführung, Intellektuelle und Technokraten (im Verbund mit Medien) zusammenwirkten, um die Gesellschaft systematisch marktförmig zu machen.

### 1. Elitenbildung und Klassenbündnisse in Chile

Betrachtet man die sozioökonomische Entwicklung Chiles seit der großen Weltwirtschaftskrise, so stechen insbesondere zwei Phänomene heraus, die für

die Frage der Elitenbildung zentral sind: Erstens ist es im Rahmen der seit den 1930er Jahren verfolgten importsubstituierenden Entwicklungsstrategie nicht gelungen, die traditionellen Eliten und die neu entstandenen (Industrie-)Unternehmer gemeinsam hinter dem ökonomischen und politischen Projekt eines reformorientierten *Desarrollismo* zu versammeln. Zweitens weisen die Wirtschaftsstruktur und die Besitzverhältnisse in Chile einen historisch weit zurück zu verfolgenden und anhaltend hohen Verflechtungs- und Konzentrationsgrad auf, ein Umstand, der auch durch Reformpolitiken nicht entscheidend verändert werden konnte. Beide Prozesse, die im folgenden genauer herausgearbeitet werden, sind grundlegend, will man die Rolle der verschiedenen Unternehmerfraktionen im neoliberalen Transformationsprozess verstehen.

Das importsubstituierende Entwicklungsmodell begünstigte vor allem jene Sektoren, die bereits in den 1930er Jahren eine dominierende Stellung in Wirtschaft und Gesellschaft eingenommen hatten: die traditionellen Eliten, die im exportorientierten Agrar- und Bergbausektor sowie in Import-Export-Geschäften tätig waren. Nur die großen Gruppen des Exportsektors verfügten über genügend Kapital, das für den Aufbau industrieller Kapazitäten benötigt wurde. Weil die industrielle Unternehmerschaft von Anfang an eng mit den traditionellen Clans und der Agraroligarchie verbunden war, konnte sich in der ersten Phase der Importsubstitution kein nationales und auf die Industrie gestütztes Entwicklungsmodell durchsetzen: Die Wirtschaftsstruktur war hochgradig verflochten und die Besitzkonzentration stark ausgeprägt, die sozialen Verhältnisse auf dem Land blieben unangetastet (vgl. Calderón 1981; Salazar/Pinto 1999).

In Folge dessen profilierte sich die neue Unternehmerschicht nicht als eine eigenständige, gesellschaftliche Klasse, die ihre Interessen selbstbewusst gegenüber den Agrar- und Exporteliten artikuliert. Die enge Verflechtung der verschiedenen Unternehmerrgruppen trieb nach Calderón „die Bildung einer Industriebourgeoisie voran, die sich durch ein starkes Einheitsdenken auszeichnete, das mehr an gemeinsamen Interessen als an einer scharfen Fraktionierung in Sektoren mit jeweils spezifischen Wirtschaftsaktivitäten ausgerichtet war“ (Calderón 1981: 19). Neben den engen familiären Bindungen (siehe die in Imbusch 1995: 44ff. zitierten Arbeiten von Zeitlin/Ratcliff) wurden die dominanten Gesellschaftsschichten auch durch das für sie bedrohliche Erstarken der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen zusammengehalten. Dieser Prozess, den Enzo Faletto als „Verbürgerlichung“ der landbesitzenden Klasse und als „Aristokratisierung“ der Industriebourgeoisie beschrieben hat (Faletto zit. in Valdés 1995: 103), fand auch seinen parteipolitischen Ausdruck: Obwohl der Industrialisierungsprozess von einer Mitte-Links-Koalition vorangetrieben wurde, sahen beide ihre Interessen am besten bei den konservativen und liberalen Parteien aufgehoben.

Die Reformmaßnahmen des 1964 gewählten christdemokratischen Präsidenten Frei hatten zum Ziel, der sich spätestens seit Ende der 1950er Jahre abzeichnenden Erschöpfung des importsubstituierenden Modells entgegen zu wirken. Mit einer Agrarreform und einer Politik der vertieften Industrialisierung

sollte die Nachfrage am Binnenmarkt erweitert werden. Angelpunkt des ökonomischen Modernisierungsprojektes bildete der Zustrom ausländischen – mehrheitlich US-amerikanischen – Kapitals. Die ausländischen Direktinvestitionen und Kredite landeten jedoch nicht mehr ausschließlich im Bergbau- und Energiesektor, sondern wurden verstärkt in die verarbeitende Industrie (Elektro-, Konsumgüter- und metallverarbeitende Industrie) sowie in den Finanz- und Handelssektor gelenkt.

Unter dem Schutz des Staates und mit Hilfe des ausländischen Kapitals bildete sich eine neue Schicht „moderner Kapitalisten“ heraus. Dieser neue Unternehmensektor, der sich wie auch seine Techniker und Berater hauptsächlich aus der Mittelschicht rekrutierte, konnte seine ökonomischen Aktivitäten beträchtlich ausdehnen. Bis 1970 erreichte dieser Sektor eine dominierende Stellung in der verarbeitenden Industrie, im Bau-, Immobilien- und Transportsektor, im Finanz-, Versicherungs- und Bankengeschäft, aber auch in traditionellen Wirtschaftszweigen wie Viehwirtschaft und Bergbau. Der bedeutendste Teil der mittleren Unternehmerschaft entwickelte sich also in den sechs Jahren der Regierung Frei zu einem finanz-industriellen Sektor (Calderón 1981). Aus dieser Zeit stammt der in Chile gebräuchliche Ausdruck „Piranhas“ für die mächtigen Unternehmenskonglomerate, die unter der Militärherrschaft ihren höchsten „Entwicklungsstand“ erreichen sollten (Dahse 1979; Rozas/Marín 1989; Mönckeberg 2001).

Mit der Agrarreform und einer Politik der vertieften Industrialisierung hatte die Frei Administration versucht, einen Keil in das Bündnis zwischen Agraroligarchie und moderne Industrieunternehmer zu treiben. Sie ging davon aus, dass sich die von den protektionistischen Maßnahmen profitierenden Klein-, Mittel- und Industrieunternehmer nicht mit den Interessen der Agrarunternehmer und der traditionellen Clans identifizieren würden. Die Regierung hatte guten Grund, an den Erfolg dieses politischen Projekts zu glauben: Erstens war von der Landreform nur eine kleine Gruppe selbst innerhalb der landbesitzenden Klasse betroffen, und zweitens würden die Unternehmer von der Ausweitung des Binnenmarktes profitieren (Valdés 1995: 220).

Tatsächlich waren die Industriellen zwar gegen die Schaffung von Staatsunternehmen, unterstützten aber eine aktive Rolle des Staates. Sie waren durchaus dafür, dass der Staat nationale Entwicklungsprogramme formulierte – wenn die entsprechenden Ressourcen in den privaten Sektor kanalisiert werden (Imbusch 1995: 145). Aber die Regierung unterschätzte offensichtlich den Einfluss der traditionellen Agrarclans, der aus dem hohen ökonomischen Verflechtungsgrad resultierte. In dem Maße, wie sich linke und rechte gesellschaftliche Kräfte unter dem Eindruck der Reformpolitik radikalisierten, begann sich eine übergreifende Unternehmerschicht zu formieren. Die zum Teil erheblichen Interessenkonflikte, die im gemeinsamen Dachverband ausgetragen wurden, traten angesichts breiter Mobilisierungen der Studenten, Arbeiter und Bauern zurück zugunsten des verbindenden Interesse an der Aufrechterhaltung privat-kapitalistischer Grundlagen (Valdés 1995: 219). Es brauchte allerdings

noch einige Zeit, bis sämtliche Sektoren der unternehmerischen Elite eine gemeinsame Handlungsperspektive entwickelten und eine soziale Basis für die neoliberale Transformation herausbildeten: Das gemeinsame Projekt sollte der Sturz der Unidad Popular (1970–1973) werden.

Das linke Regierungsbündnis Unidad Popular trieb die unter Frei begonnenen Reformen weiter voran (Agrarreform, Nationalisierung des Bergbausektors, Erweiterung des Binnenmarktes durch Umverteilung und Förderung des industriellen Wachstums). Die Regierung Salvador Allende suchte gleichzeitig Formen eines Bündnisses zu finden, „um die Zahl ihrer Feinde zu verringern“ (Calderón 1981: 25). Die soziale Dynamik, insbesondere Betriebsbesetzungen seitens der ArbeiterInnen, vor allem aber die Sabotageakte, Schmuggelaktivitäten und die Kapitalflucht der Unternehmer veranlasste die Regierung Allende, ihr Programm der Enteignung und Verstaatlichung auszuweiten. Damit kam die Regierung, die zunächst nur die monopolistischen Großunternehmen und Banken verstaatlichen wollte, in Konflikt mit den kleinen und mittleren Unternehmensektoren. Die Folge war ein „Schulterschluss zwischen Kleinbürgertum und Großkapital“ (Koch 1998: 69), ohne dass zu diesem Zeitpunkt bereits Konsens über die einzuschlagende ökonomische Strategie bestanden hätte.

Nicht nur die Boykottmaßnahmen der Unternehmer und ihrer Verbände destabilisierten die politische, wirtschaftliche und soziale Lage. Ausländische Kredite, die für die fortgesetzt importabhängige chilenische Wirtschaft von großer Bedeutung waren, wurden von den Gläubigern und internationalen Finanzinstitutionen ausgesetzt. Die Großunternehmen, die den nationalen Finanzsektor dominierten und eng mit dem Auslandskapital verbunden waren, führten ihre Gewinne und ihr Kapital verstärkt der Spekulation und dem Handel zu, wo höhere Profite zu erzielen waren. Mächtige Unternehmensgruppen und die größte Bank des Landes schafften es darüber hinaus, mit Hilfe einer schlagkräftig geführten ideologischen Kampagne der Enteignung zu entgehen. Daneben konnten auch die auf den Binnenmarkt orientierten Unternehmer zu großen Teilen ihren Einfluss erhalten: Der Binnenhandel blieb in privaten Händen, ebenso erfolgten im Immobilien- und Transportsektor sowie in der Nahrungsmittel-, Holz-, Papier- und Lederindustrie kaum staatliche Eingriffe (Castells 1974).

Die auf den Binnenmarkt orientierten sowie die mittleren und kleinen Unternehmer blieben also nicht nur von der Nationalisierungspolitik verschont, sie profitierten von der Politik der Unidad Popular und konnten ihre Gewinne in den ersten beiden Jahren erheblich steigern. Warum identifizierten sich diese Gruppen mit den Interessen der monopolistischen Großunternehmen, den sog. *grupos económicos*? Warum unterstützten praktisch alle Unternehmensektoren den Militärputsch?

Die Angst davor, dass die Grundlagen des marktwirtschaftlich-kapitalistischen Systems insgesamt zur Disposition stünden, bildete den einigenden ideologischen Hintergrund für diesen Schulterschluss. Gerade in Zeiten gesellschaftlicher Krise und Polarisierung wurde die Positionierung zur Klassenfrage –

alle Unternehmensegmente bis weit in die Mittelschichten hinein waren interessiert an der Wiederherstellung und Aufrechterhaltung des Privateigentums und der Bekämpfung der linken Bewegungen. Ihre unterschiedlichen Interessen begannen „in dem Maße in den Hintergrund zu treten, wie das Privateigentum an den Produktionsmitteln als Grundpfeiler der Wirtschaft als solches in Frage gestellt wurde“ (Koch 1998: 68). Daneben können aber auch wirtschaftlich-strukturelle Gründe ausgemacht werden. Die Klein- und Mittelbetriebe des landwirtschaftlichen und industriellen Sektors waren, insbesondere in den dynamischen Branchen, fest in die Produktionsstrukturen und in den Produktionszyklus der marktbeherrschenden *grupos económicos* eingebunden. Die Aktivitäten der horizontal und vertikal integrierten *grupos*, die sich im allgemeinen am Markt für höhere Einkommensschichten oder an ausländischen Märkten orientieren, beförderten damit auch die Prosperität dieses (vor- oder nachgelagerten) Unternehmenssektors. Der politische Schulterschluss mit den Eliten fand so eine Erklärung in der Struktur ihrer ökonomischen Beziehungen (Calderón 1981: 45). Aufgrund dieser Wirtschaftsstruktur war die Orientierung an einem nationalen Entwicklungsmodell – ein „nationales Interesse“ der verschiedenen Unternehmensektoren – niemals historisch wirksam geworden, wie oben gezeigt wurde.

## 2. Der Militärputsch 1973 und die neoliberale Transformation: Die Formierung der strategischen Staatselite

Trotzdem dauerte es noch einige Zeit, bis sich die marktradikale Fraktion in der Militärjunta und in den Unternehmerverbänden durchsetzte und diese dann gemeinsam mit monetaristisch geschulten Ökonomen, den sog. Chicago Boys, ein völlig neues Konzept von Kapital und Arbeit, Staat und Zivilgesellschaft implementieren konnte. Die Wirtschaftspolitik unmittelbar nach dem Putsch stellte einen Kompromiss dar zwischen den beiden Gruppen, die für die Importsubstitution eintraten und jenen, die eine Öffnung der chilenischen Ökonomie befürworteten. Beiden gemeinsam aber war das Ziel, die Wirtschaft zu „stabilisieren“: Priorität erhielt die Inflationsbekämpfung durch Preisliberalisierung und Währungsabwertung. Weitere Maßnahmen zielten auf die Rücknahme der Landreform (allerdings ohne die oligarchischen Besitzverhältnisse zu restaurieren) und der verstaatlichten resp. intervenierten Unternehmen sowie eine leichte Öffnung hin zum Weltmarkt. Zur „Stabilisierungspolitik“ gehörten auch eine restriktive Lohnpolitik und die Illegalisierung von Gewerkschaften, Parteien und linken Bewegungen (Tironi 1982; Valdés 1995).

Bereits einen Tag nach dem Putsch überreichte eine Gruppe von Ökonomen und Unternehmern den Generälen einen Plan für eine marktradikale Transformation. Die an Milton Friedmans Expertise orientierten Maßnahmen waren im sog. „Montagsklub“ entstanden, in dem sich bald nach dem Regierungsantritt von Salvador Allende einflussreiche Unternehmer, leitende Persönlichkeiten

aus Unternehmerverbänden und Ökonomen zusammenfanden. Deren ideologischer Gleichklang fand auch darin seinen Ausdruck, dass fast alle über einen Universitätsabschluss der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der University of Chicago verfügten. Neben täglicher Wirtschaftsbeobachtung und -analyse, die den Oppositionsparteien im Kongress zur Verfügung gestellt wurde, hatte die Gruppe seit 1972 zielstrebig daran gearbeitet, in Hinblick auf einen allfälligen Putsch ein Programm für die „neoliberale Konterrevolution“ zu erstellen (Milton Friedman war immer offen genug, sie als solche zu bezeichnen). Das Team hatte für diese Arbeit Gelder von chilenischen Unternehmerverbänden erhalten, die ihrerseits von lateinamerikanischen Geschäftskreisen und von der CIA unterstützt wurden (vgl. Valdés 1993: 41f.; Kornbluh 2001). Das orthodox monetaristische Schockprogramm, „das schwer innerhalb einer Demokratie zu implementieren war“, wie Silva (1991: 392) einen beteiligten Unternehmer zitiert, sah neben Reallohnsenkungen und einer Kürzung der Staatsausgaben eine radikale Öffnung der chilenischen Ökonomie für Exporte und Importe sowie weitgehende Deregulierungsmaßnahmen im Finanzbereich vor (zu den Maßnahmen im einzelnen siehe z.B. Tironi 1982).

Im Laufe des Jahres 1975 fiel schließlich die Entscheidung zugunsten dieser radikalen Option, die nach „tiefgreifenden und langanhaltenden Aktionen verlangte, um die chilenische Mentalität zu verändern“ (Valdés 1993: 40). Wie kam es dazu, dass von der gradualistischen Wirtschaftspolitik abgegangen wurde? Voraussetzung dafür war zum einen die Zentralisierung der Macht bei Pinochet. Pinochet entmachtete die Marine, die bis dahin für die Wirtschaftspolitik verantwortlich zeichnete und jene Teile der Streitkräfte, die für eine stärkere Einbindung der Unternehmerverbände in den politischen Entscheidungsprozess eintraten (zu den unterschiedlichen Positionen innerhalb der Militärjunta und den sie unterstützenden Fraktionen vgl. Vergara 1985; Castiglioni 2001). Neben der persönlichen Machtkonzentration spielte auch die Tatsache eine entscheidende Rolle, dass sich die wirtschaftliche Lage – mit der vagen Orientierung auf eine „gemischte Ökonomie“ – in den ersten beiden Jahren nicht stabilisiert hatte. Die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen schienen es darüber hinaus nahe zu legen, sich in die beginnende neoliberale Konstellation einzureihen und das Heil in internationalisierteren Aktivitäten – und bei den chilenischen Kapitaleignern und -verwaltern – zu suchen: Diese kanalisiert über ihre Finanzierungsgesellschaften und Banken liquide Mittel, die auf den internationalen Finanzmärkten im Übermaß zur Verfügung standen, ins Land (Silva 1993: 544f.).

Um unserer Fragestellung weiter nach zu gehen, ist es notwendig, die Rolle jener gesellschaftlichen Sektoren zu untersuchen, die die Aufstandskoalition gegen Allende gebildet hatten und nun in unterschiedlicher Weise zusammenwirkten, um das neue Modell gemeinsam mit den führenden Militärkreisen durchzusetzen und längerfristig abzusichern: die intellektuelle Elite und die Unternehmensektoren, von den grupos económicos bis zu den mittleren und kleinen Unternehmern.

## 2.1 Die intellektuelle Elite: Chicago Boys und andere neoliberale Vordenker

Federführend bei der tiefgreifenden Umgestaltung der chilenischen Ökonomie und Gesellschaft, die ab 1975 umgesetzt wurde, waren jene, die dafür geschult waren: Jene chilenischen Ökonomen, die ihre Ausbildung im Rahmen eines zwischen 1956–1970 laufenden Austauschprogramms der University of Chicago mit der Universidad Católica de Chile durchlaufen hatten. Das von der US-amerikanischen International Cooperation Administration (besser bekannt unter ihrem späteren Namen Agency for International Development, US-AID) etablierte Programm hatte einen systematischen Ideologietransfer zum Ziel: Die Lehrpläne an der Wirtschaftsfakultät sollten „modernisiert“ und junge Akademiker nach Chicago geschickt werden. Implizit ging es darum, einen neuen wirtschaftswissenschaftlichen Beraterstab aufzubauen, um die damals – nicht nur in Chile – vorherrschenden sozialreformerischen Lehrmeinungen zurückzudrängen (Valdés 1995: Kap. 5, 6).

Der Ideologieexport zielte nicht nur auf Chile, sondern auf eine Reihe lateinamerikanischer Länder. Chile war jedoch ein besonders wichtiger „Kampflplatz der Ideen“, befindet sich doch dort der Hauptsitz der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL), die damals mit ihren strukturalistischen Analysen über Abhängigkeit und Entwicklung die theoretischen Leitlinien für reformorientierte Entwicklungsstrategien vorgab. Auch die Universität Chicago war als Träger der Ausbildungsprogramme nicht zufällig gewählt. Die Chicago School of Economics begriff sich seit den 1940er Jahren als „Trutzburg gegen die Hegemonie der Keynes'schen Theorien“ (Koch 1998: 72). Dort entstanden jene Lehrmeinungen, die ab Ende der 1970er schließlich hegemonial werden sollten und die bereits damals von den Verantwortlichen für die Auslandshilfsprogramme in der US-Regierung geteilt wurden.

Die lokalen Vertreter der Chicago School of Economics hatten bereits unter Frei wichtige Funktionen im Vorhof der Macht übernommen. Sergio de Castro, Mastermind des Schockprogramms, und Pablo Baraona, wie de Castro langjähriger Wirtschaftsminister unter Pinochet, wirkten bereits ab den frühen 1960er Jahren als Professoren, de Castro sogar als Dekan der Wirtschaftsfakultät (Valdés 1993: 42, 1995: 165). Im gleichen Zeitraum gelangten die ersten Studienabgänger in führende Positionen in der Wirtschaft. Die Ökonomen und Agrarwissenschaftler sahen es als ihre strategische Aufgabe an, ihr Wissen in die Unternehmen einzubringen; insbesondere bei den grupos económicos fanden ein breites Betätigungsfeld. Mit der Richtungsentscheidung 1975 war die Zeit ihres *take off* gekommen: Sie stellten zu unterschiedlichen Zeiten den Wirtschafts-, Finanz-, Planungs- und Arbeitsminister, den Vorsitzenden der Zentralbank und erfüllten wichtige Aufgaben in den Planungsabteilungen der Regierung. Die Chicago Boys hatten dabei nicht nur den Vorteil, loyal zu Pinochet zu stehen, sondern auch jenen, nur geringe Bindungen an jene gesellschaftlichen Akteure aufzuweisen, die eine schnelle Rückkehr zu Demokratie befürworteten.

Das „Arsenal“ neoliberaler Expertise, das von der intellektuellen Staatselite in Chile in die Praxis umgesetzt wurde, blieb nicht auf die monetaristischen Lehren von Milton Friedman beschränkt. Ein breites Spektrum theoretischer Ansätze bot vielfältige Interventionsmöglichkeiten und bildete die Grundlage für die diskursiv-ideologischen Praktiken, die das Regime entfaltete. Mit Bezug auf Arnold C. Harbergers Bodenpreistheorie wurde in Santiago der Bodenmarkt jeglicher Regulierung enthoben. Die Ansichten von Ronald Coase über Bürokratie- und Verwaltungsaufwand lieferten wichtige Argumente für die Senkung der Staatsausgaben und die Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge. Mit der Reformulierung der Ökonomie aus Unternehmensperspektive trug der Chicago-Ökonom nicht nur maßgeblich zum come back der Betriebswirtschaft bei, sondern wertete auch die Unternehmerschaft als gesellschaftlichen Akteur erheblich auf. George J. Stigler, ein weiterer Prominenter aus der Chicago School of Economics, entwickelte gemeinsam mit anderen das „capture“-Theorem, wonach staatliche Behörden von speziellen Interessengruppen, beispielsweise Industriegruppen, die sie eigentlich regulieren sollen, „erobert“ werden. Seine Schlussfolgerung aus dem so begründeten „politischen Markt“ hieß Deregulierung und Privatisierung. Die Virginia School der politischen Ökonomie und ihre Public-Choice-Theorie lieferte schließlich die theoretische Fundierung für den zentralen Angriff auf das wohlfahrtsökonomische Staatsverständnis und den öffentlichen Sektor in Chile. Im Rahmen der 1978 eingeleiteten „nationalen Modernisierung“ wurden unter anderem die sozialen Sicherungssysteme inklusive Pensionssystem, Gesundheits- und Bildungswesen privatisiert und ein flexibles Arbeitsgesetz eingeführt. Im Zentrum des von James M. Buchanan und Gordon Tullock formulierten Ansatzes steht die Durchmarktung (*marketization*) des Staates, kurz, die Umwandlung des Staates in eine Firma. Mit ihren Theorien argumentierten sie nicht nur für eine marktförmige Regulation des Sozialsystems, sondern auch des politischen Entscheidungsprozesses selbst (und lieferten damit eine ökonomische Theorie der Politik): Um zu verhindern, dass der „Markt-Staat“ von politischen Interessengruppen „erobert“ wird, muss konsequenterweise der Einfluss von Gewerkschaften und Parteien eingedämmt werden (Vergara 1985; Silva 1991; Montecinos 1993; Valdés 1995: 52–81; Plehwe/Walpen 1999: 212–221). Ein weiterer marktradikaler Altmeister, Friedrich A. Hayek, wurde von Pinochet in der Verfassungsfrage konsultiert. Die 1980 erlassene (und heute noch in Kraft befindliche) chilenische Verfassung orientiert sich tatsächlich stark an Hayeks „The Constitution of Liberty“. Als Freiheit galt ihm wirtschaftliche Dispositionsfreiheit, die Rechtsordnung interessierte Hayek primär als abstraktes Regelsystem für den wirtschaftlichen Austausch: Eine „rule of law“ sollte für die Durchsetzung des Wettbewerbs als Ordnungsprinzip der Wirtschaft und für das „optimale Funktionieren der Märkte“ sorgen (Silva 1991: 395f.; Moulian 1997: 48).

Diese Doktrinen leiteten nicht nur den Umbau der chilenischen Ökonomie. Mit Bezug auf die genannten „objektiv-wissenschaftlichen“ Lehrmeinungen konnten im gesellschaftlichen Diskurs auch „soziale Wissensformen“ des vorgegangenen Modells – wie umverteilende Staatsfunktionen und staatliches

Planungsdenken – nachhaltig diskreditiert und eine „begrenzte Demokratie“ legitimiert werden. Mit dem Ausgreifen neoliberaler Expertise auf gesellschaftliche Gebiete oder Lebensbereiche, die bislang nicht den Normen des Marktes und damit der Kapitallogik unterworfen waren, gelang es überdies, neoliberale Prinzipien im Alltag der Menschen zu verankern (vgl. Lemke 2001). Mit der Schwächung resp. gewaltsamen Unterdrückung gesellschaftlicher Solidaritätsformen wurden „marktgerechte Verhaltensweisen“, wie sie dem Menschenbild des Neoliberalismus in Gestalt des *homo oeconomicus* inhärent sind, befördert: „Der weitgehende Ausschluss von Situationen, in denen Menschen ihre Eigeninteressen kollektiv erfahren und formulieren konnten, diente nicht allein der Niederhaltung etwaiger oppositioneller Strömungen, sondern weit mehr noch der Isolierung der einzelnen. Sie sollten so unmittelbar wie möglich den Marktmechanismen ausgesetzt werden.“ (Arancibia 1982: 120; siehe auch Vergara 1985: 80f.)

Dabei waren sich die neoliberalen Theoretiker und Praktiker von Anfang an im Klaren, dass diese für den chilenischen „Ideologienmarkt“ (Valdés) unbekanntes Lehrmeinungen öffentlich vermittelt und in die Gesellschaft eindringen mussten, um wirkungsmächtig zu werden. In diesem Sinne verstanden sich die chilenischen Ökonomen als neue Philosophen, die ihre Aufgabe darin sahen, zwischen Wissen, gesellschaftlicher Modernisierung und Öffentlichkeit zu vermitteln. Die Strategien, die sie dabei entfalteten, trugen missionarischen Charakter: Sie wurden zu einer „organischen Intellektuellenelite“ der Unternehmer und des Regimes (Valdés 1995: 139).

## 2.2 Der Kern der radikal-neoliberalen Unternehmerfraktion: die *grupos económicos*

Die eng mit den Chicago Boys verbundenen, mächtigsten Akteure des Privatsektors wurden mit der Richtungsentscheidung von Pinochet zur dominierenden Fraktion im Staatsapparat. Da Personen mit engen Bindungen an die traditionellen und internationalisierten *grupos* sowie an die Agrarunternehmer, wie oben gezeigt wurde, die wichtigsten Ministerien besetzten, konnten die mächtigen Unternehmenskonglomerate im Rahmen eines direkten und personalistischen Beziehungsgeflechts ihre Interessen nun optimal durchsetzen (Imbusch 1995: 268f.; Silva 1996: Kap. 5–7).

Die Unternehmer profitierten von der Rückgabe der unter Allende verstaatlichten resp. intervenierten Firmen und Banken. Mehr noch, durch die in mehreren Etappen umgesetzte, fast vollständige Privatisierung wurde ihnen die Möglichkeit geboten, „zu einem bemerkenswert niedrigen Preis fast die gesamte chilenische Industrie aufzukaufen“ (Imbusch 1995: 182). In diesem Neustrukturierungsprozess gingen die Unternehmer vielfältige Verbindungen untereinander ein, zum Teil auch mit den traditionellen Clans, mit dem Ergebnis, dass 1979 lediglich fünf Gruppen mehr als die Hälfte der 250 größten Unternehmen

und deren Vermögenswerte kontrollierten (Dahse 1979; Silva 1993: 542–548; Imbusch 1995: 184).

Das Neue seit 1973/1975 bestand nicht darin, dass die chilenische Wirtschaft einen hohen Verflechtungs- und Konzentrationsgrad aufwies. Die grupos konnten nun allerdings auf optimale Bedingungen zählen: Die Liquidierung der Gewerkschaften, die Absenkung der Löhne und das neue Arbeitsgesetz brachten sie in die Lage, quasi uneingeschränkt über die gesellschaftliche Arbeitskraft zu verfügen. Durch die Deregulierung des Geld- und Kreditmarktes erlangten sie die Kontrolle über den finanziellen Apparat, die wiederum die Basis für ihre weitere Expansion im Produktionsbereich bildete (Dahse 1979; Koch 1998 mit Bezug auf Lagos: 74). Ende der 1970er Jahre existierte mit einer Ausnahme keine einzige bedeutende grupo, die nicht wenigstens im Teilbesitz einer oder mehrerer Banken oder Finanzierungsgesellschaften war (Imbusch 1995: 185f.). Als im Rahmen der „nationalen Modernisierung“ ab 1978 der allgemeine Versicherungsbereich und die sozialen Sicherungssysteme privatisiert wurden, konnten die grupos weiteres Kapital in ihren Händen konzentrieren. Der Versicherungsmarkt wurde bald ausschließlich von ihnen kontrolliert, insbesondere die 1981 geschaffenen privaten Pensionsfonds boten ihnen rentable Anlagemöglichkeiten (Mönckeberg 2001: 209–230).

Die Restrukturierungsprozesse mündeten zum Teil auch in Machtverschiebungen unter den dominanten Gruppen (siehe ausführlich Dahse 1979). Die Konflikte fanden allerdings – und dies ist als entscheidende Neuerung zu werten – *innerhalb* des neuen Akkumulationsprojekts statt. Dessen Grundlagen bildeten ein exportorientiertes Entwicklungsmodell, eine begrenzte – in der Diktion des Regimes „geschützte“ – Demokratie sowie ein freies Unternehmertum auf Basis von Privateigentum.

### 2.3 Die Unternehmer und ihre Verbände: Von der Putschkoalition zur sozialen Basis der Diktatur

Es erstaunt nicht, dass die mächtigsten Akteure des Privatsektors für das exportorientierte Modell eintraten: Die nationalen und internationalisierten grupos, die ihre Basis in den bereits unter Frei expandierten finanz-industriellen Gruppen hatten, waren zu einem exportorientierten Großunternehmertum geworden, das die nationalen wirtschaftlichen Ressourcen zu einem großen Teil kontrollierte und sich auf Export-Import-Geschäfte im Agrar- und Bergbausektor ebenso stützte wie auf den Finanzsektor. Daneben aber gab es eine Reihe von Unternehmen, vor allem im industriellen Sektor, die von der Transformation arg getroffen wurde: Die neoliberale Wirtschaftspolitik führte zum Einbruch der Wachstumsraten und zum Bankrott zahlreicher Unternehmen, vor allem in jenen Branchen, die in der Importsubstitutionsphase am meisten begünstigt waren. Dies trifft auch auf den traditionellen Sektor der Landwirtschaft zu, der Grundnahrungsmittel für einen stagnativen Binnenmarkt bereit stellte. Durch

den Austritt aus dem Andenpakt wurden außerdem jene Unternehmer geschädigt, die für den regionalen Markt produzieren, vor allem die metallherzeugende und Elektroindustrie. Wie konnte das Exportmodell zu einem von allen Unternehmerfraktionen getragenen Rahmen werden? Welche Strategien wählten die betroffenen Industrieunternehmer?

Viele der geschädigten Firmen befanden sich im Besitz der finanz-industriellen Gruppen, sie hatten sogar oftmals die Basis ihrer Expansion in den 1960er Jahren gebildet. Die vom Militärregime durchgesetzte autoritäre Modernisierung bot ihnen allerdings ein profitträchtigeres Akkumulationsmodell. „Die Schließung von Unternehmen zog nicht notwendigerweise den wirtschaftlichen Ruin der Eigentümer nach sich (...). Die Besitzer investierten vielmehr ihr Kapital in rentablere Industriezweige, was sie nicht daran hinderte, einen Teil ihrer Industrieunternehmen, die für den inländischen Markt produzierten, zu schließen. Diese Unternehmer transferierten also ihr Kapital in andere Bereiche“ (Calderón 1981: 46), die höhere Rendite versprachen, vorzugsweise in den Banken- und Finanzsektor, der nun jeder Regulierung enthoben war. Ein Wechsel der Geschäftstätigkeit konnte auch in eine Fusion münden, um sich innerhalb einer grupo económico den Exportbedingungen anzupassen. Oder die Unternehmer engagierten sich im Importsektor und wurden so zu Großimporteuren jener Güter, die sie vormals selbst herstellen ließen, weil der Import (beispielsweise von Fernsehern) rentabler geworden war als deren Produktion. Im Ergebnis vollzog sich ein Prozess, in dem sich die Industriellen in Importeure und Exporteure und/oder Finanzverwalter verwandelten, weil dort höhere Profite zu erwarten waren (Arrighi 1994). Nicht zuletzt wurde ein wesentlicher Teil der neoliberalen Anpassung – und dies trifft auf sämtliche Unternehmensegmente zu – über den Arbeitsmarkt und die Lohnpolitik bewerkstelligt: Die Löhne der verbliebenen Beschäftigten wurden bis Mitte der 1970er Jahre gegenüber 1970 um über die Hälfte gesenkt (Imbusch 1995: 172).

Wie positionierten sich die verschiedenen Unternehmerrgremien angesichts der ambivalenten Auswirkungen des Transformationsprozesses? Dazu muss gesagt werden, dass sich die Verbände ab 1975 generell in einer Schwächeposition befanden, da jene Kräfte, die für ein korporatistisches System eintraten, aus der Staatsführung entfernt worden waren (Vergara 1985). Trotzdem fanden Konflikte innerhalb der verschiedenen Unternehmerfraktionen und mit der Regierung statt. Dass diese Interessenkonflikte aber in keinem Fall zu einem Bruch mit der Regierung führten, kann für die Anfangszeit der Transformation damit begründet werden, dass in der patriotischen Propaganda des Regimes die Mission des „nationalen Wiederaufbaus“ mit einem schmerzhaften Anpassungsprozess verknüpft wurde. Außerdem dominierte in der ideologisch aufgeladenen Umbauphase bei den Unternehmern das gemeinsame Interesse an der Reprivatisierung und der ordnungspolitischen Wiederherstellung der „freien Marktwirtschaft“ gegenüber einer akzentuierten Konfliktaustragung über die einzuschlagende ökonomischen Strategie. Dazu kamen bereits jene Rahmenbedingungen einer neoliberalen Konstellation zum Tragen, in der einer-

seits die alten importsubstituierenden Industriezweige einen Ansehensverlust und andererseits private Kredite und internationalisierte Aktivitäten steigende Bedeutung erfuhren. Zusammen bewirkten diese Faktoren, dass alle Gremien des Unternehmerdachverbandes für einen Anpassungsprozess eintraten, der auch Zollsenkungen und eine Deregulierung des Finanzsektors beinhaltete (Imbusch 1995: Kap. 6).

Aber entscheidend für die fraktionsübergreifende Befürwortung des neuen Modells war wohl, dass die Führungsriege der Unternehmergremien – inklusive des Verbandes der Industrieunternehmer – von Vertretern der traditionellen resp. internationalisierten grupos dominiert wurde, die das Interesse an einem export-importorientierten und finanzgetriebenen Entwicklungsmodell einte. Dabei wurde Macht- und Interessenpolitik auch hier mit diskursiven Praktiken verbunden: Die Unternehmervertreter sorgen dafür, die Positionen der Regierung an der Basis zu verbreiten. Die auf den Binnenmarkt gerichteten und dort in nicht wettbewerbsfähigen Zweigen verankerten Industriellen bildeten lediglich eine Minderheit und verfügten weder über eine angemessene Vertretung noch Öffentlichkeit. Und die eindeutigen Verlierer der Transformation, die bereits seit den 1950er Jahren schrumpfenden kleinen handwerklichen und Industriebetriebe mit niedrigem technologischen Niveau, fielen politisch nicht ins Gewicht (Calderón 1981: 47f.; Imbusch 1995: 270–275; Campero 1995).

Trotz vorhandener Interessenunterschiede betrachteten die Unternehmer das Militärregime letztlich als „ihre“ Regierung: Deren Ansichten – über eine „geschützte Demokratie“ bis hin zur marktförmigen Regulierung von Gesellschaft und Politik – werteten ihr Handeln und ihre Machtposition in der Gesellschaft erheblich auf (Imbusch 1995: 274, 325).

### 3. Durchsetzung neoliberaler Hegemonie

Nachdem die Ordnungspolitik der ersten Jahre auf eine „Strukturanpassung“ – also auf die Zerschlagung der alten Wirtschaftsstrukturen – gezielt hatte, erhielt in der Folge die Herstellung einer marktförmig ausgerichteten Gesellschaft besondere Bedeutung. Will man die Auswirkungen der neoliberalen Transformation adäquat erfassen, muss sie als umfassende Gesellschaftspolitik begriffen werden: „What Pinochet and the Chicago Boys intended to do was to change the way Chileans thought about the world, their very mentality. They wanted the market approach, the belief in individual action rather than state responsibility, to permeate all of society. This was the real revolution. It was a structural revolution of a very different sort, one based on neoliberal thinking, which they hoped would change the very culture of the country.“ (Oppenheim 1993: 148) Die von Pinochet verfolgten Strategien sind hier durchaus in einer „hegemonialen Langzeitperspektive“ zu lesen: Sämtliche gesellschaftliche Felder sollten neoliberalen Prinzipien unterworfen werden, das Ziel des auf Dauer angelegten Regimes bestand darin, die gesellschaftlichen Beziehungen grundlegend umzugestalten (Puryear 1994; Moulian 1997).

Das entscheidende Element für diesen „Mentalitätswechsel“ bildete die Entfaltung eines machtvollen neoliberalen Diskurses, der die wirtschaftspolitische Kursänderung begleitete und tief in die Gesellschaft hineinwirkte. Maßgeblichen Anteil an den diskursiv-ideologischen Praktiken des Regimes hatte die geschickt vernetzte Tätigkeit von wissenschaftlichen Instituten, Unternehmerorganisationen, Medien und von Stiftungen geförderte Lobbyarbeit. Die ökonomische und intellektuelle Staatselite erkannte früh die Bedeutung dieser „Hegemonieapparate“ als Beeinflussungsmittel und Transmissionsriemen zwischen technischer und wissenschaftlicher Expertise einerseits und den gesellschaftlichen und politischen Kräften andererseits (vgl. Plehwe/Walpen 1999). Worin bestanden die diskursiven Strategien, die den gesellschaftlichen Strukturwandel befördern und langfristig absichern sollten?

#### 3.1 Diskursive Strategien: nationale Sicherheit, geschützte Demokratie und objektive Wissenschaft

Im öffentlichen Diskurs wurde vermittelt, dass es um eine radikale Neuorientierung in Chile gehen müsse. Die vergangenen Jahrzehnte wurden als dirigistisch, paternalistisch, feudal, jedenfalls als rückwärtsgewandt gebrandmarkt. Und Schuld daran war: die politische Klasse, die nicht in der Lage wäre, für eine „vernünftige und kohärente“ Politik zu sorgen. Daraus wurde die Schlussfolgerung gezogen, dass jede Form der gesellschaftlichen Organisation, die auf einer politischen Basis aufbaute, wertlos und schädlich wäre (Silva 1991: 386; Valdés 1993: 53f.; Valdés 1995: 29f.). Ziel der Propaganda war es, interessegeleitetes oder parteiisches Handeln systematisch zu diskreditieren und Politik durch wissenschaftlich-technokratisches Expertentum diskursiv zu ersetzen. In den von Vergara (1985) versammelten Wortzitate und Medienanalysen wird deutlich, dass die Neoliberalen einen wissenschaftlichen und technischen Autoritarismus als ideales Regime propagierten, denn nur so könne den „neutralen“ Marktgesetzen zum Durchbruch verholfen und eine Marktordnung langfristig – vor Interessengruppen, ideologischen Positionen und moralischen Wertungen – geschützt werden. Vor dem Hintergrund der vielfach als traumatisch erfahrenen ideologischen und politischen Polarisierung vor 1973 konnte diese diskursive Strategie in breiten Teilen der Bevölkerung auf fruchtbaren Boden fallen.

Ein zweiter, damit verbundener Argumentationsstrang der Führung und ihrer Medien zielte darauf, das politische System vor dem Putsch als undemokratisch zu denunzieren. Der bereits erwähnte Friedrich A. Hayek war nicht der einzige, der die rhetorische Wendung benutzte, die Regierung der Unidad Popular sei ein totalitäres Regime gewesen, gegen das die „autoritäre Notwehr“ der Militärs gerechtfertigt, ja sogar historisch notwendig gewesen wäre (Valdés 1993: 50f.; Walpen/Plehwe 2001: 65). Der neue ordnungspolitische Rahmen orientierte sich an Hayeks Modellverfassung einer „begrenzten Demokratie“, bei der eine personale Elite die Masse atomisierter Individuen zu führen hat und deren

Fähigkeit zu führen als Schlüssel für die Entfaltung und die Stabilität der neoliberalen Marktgesellschaft gilt (Ptak 2002; Moulian 1997: 48). Einer der führenden Chicago Boys, der zweimalige Wirtschaftsminister und Zentralbankpräsident Pablo Baraona formulierte die Grundpfeiler der „neuen Demokratie“ folgendermaßen: „(...) Sie wird sein müssen: autoritär in dem Sinne, dass ein Gefüge von Normen, die für die Stabilität des Systems wesentlich sind, dem politischen Prozess nicht unterworfen ist und dass unsere bewaffneten Institutionen deren Erfüllung überwachen; unpersönlich insofern, als die Normen für alle gleich angewandt werden (...); libertär in dem Sinne, dass das Subsidiaritätsprinzip als Schlüssel zur Erreichung des allseitigen Gemeinwohls betrachtet wird; technifiziert insofern, als das politische System nicht über technische Fragen entscheiden kann, sondern sich auf die Wertfrage beschränken muss und der Technokratie die Verantwortlichkeit dafür überträgt, logische Verfahren zu benutzen, um Probleme zu lösen und alternative Lösungen anzubieten.“ (zit. nach Vergara 1985: 156)

Aber auch die diskursive Gleichsetzung von freier Gesellschaft mit wirtschaftlicher Freiheit korrespondiert mit Hayeks marktradikaler Totalitarismustheorie. In seiner Streitschrift „Der Weg zur Knechtschaft“ legte Hayek 1944 dar, dass jede Form von Sozialismus im Kollektivismus zu enden drohe. Seine Totalitarismustheorie beruhte konsequenterweise auf dem Gegensatz von Markt und Plan; ein demokratischer Rechtsstaat oder partizipative Elemente gaben keine Kriterien zur Bewertung einer Gesellschaft ab. Im Gegenteil, wie er in „Die Verfassung der Freiheit“ ausführte, gehören Freiheit und Demokratie zwei unterschiedlichen Sphären an, die potenziell in Widerspruch zueinander geraten können. Da ihm wirtschaftliche Freiheit als Grundlage einer freien Gesellschaft galt und (demokratische) Mehrheitsentscheidungen auch Eingriffe in die wirtschaftliche Dispositionsfreiheit mit sich bringen können, ortete Hayek konsequenterweise genau dort die von der Demokratie ausgehende Gefahr (Eicker-Wolf et. al 1997).

Nationale Sicherheit, geschützte Demokratie und eine freie Gesellschaft aus freien Marktteilnehmern bildeten zusammen den diskursiven ideologischen Rahmen des Regimes: „Thus, the principle which held that personal liberty and a free market were synonymous became, together with the military's anti-communist 'National Security Doctrine', the regime's major ideological concept. From this it followed that, in absence of individual economic freedom, there could be no political liberty.“ (Valdés 1995: 31)

### 3.2 Think Tanks, Medien und private Universitäten

Ab 1975 entfalteten Milton Friedman, Arnold Harberger, Gordon Tullock und andere neoliberale Vordenker eine intensive Lobbyarbeit in Chile. In medial begleiteten Konferenzen und Seminaren für Militärs, Regierungsmitarbeiter und Unternehmer wandten sie sich scharf gegen die gradualistische Wirtschaftspolitik und warben für die radikale Transformation (Silva 1991: 392f.; Imbusch

1995: 279). Organisiert wurden diese Promotionstouren von Organisationen, Think Tanks und Stiftungen, für deren Gründung die mächtigen Unternehmenskonglomerate schon frühzeitig gesorgt hatten.

Bereits 1963 baute der Unternehmer Augustín Edwards das *Centro de Estudios Socio-Económicos* (CESEC) auf, um dem Theoriedefizit in rechten Kreisen abzuwehren und eine kohärente ökonomische Theorie unter den Unternehmern bekannt zu machen. Das CESEC orientierte sich in der Regierungsperiode Frei auf (tages)politisch ausgerichtete Aktivitäten wie Meinungsumfragen und Wirtschaftsanalysen, nahm aber auch Aufgaben eines wirtschaftspolitischen Brain Trust war: Es zeichnete verantwortlich für das Wirtschaftsprogramm des rechten Präsidentschaftskandidaten Jorge Alessandri, der 1970 gegen Allende angetreten war und bildete das Zentrum des erwähnten „Montagsklubs“ (Silva 1991: 390f.; Valdés 1995: 227f.; Castiglioni 2001). Das Anfang der 1980er Jahre gegründete *Centro de estudios públicos* (CEP) wurde zum wichtigsten Think Tank des Regimes. Die Führungsebene bestand aus Vertretern der Regierung, einflussreichen Unternehmern und neoliberalen Ökonomen, als Ehrenpräsident fungierte Hayek. Neben dem CEP unterhielt auch die *Fundación de Estudios de Económicos* enge Verbindungen mit dem von Hayek, Friedman und anderen neoliberalen Vordenkern gegründeten transnationalen Elitenetzwerk der *Mont Pélerin Gesellschaft*, die 1978 öffentlichkeitswirksam ihre Jahrestagung in Chile abhielt (Silva 1991: 392–395; Valdés 1993: 57; zur *Mont Pélerin Gesellschaft* siehe Walpen in diesem Heft, zu deren personalen Verbindungen in Chile siehe Walpen/Plehwé 2001: 50f.).

Im vergangenen Jahrzehnt wurde eine Reihe weiterer Think Tanks ins Leben gerufen. Institute wie *Libertad y Desarrollo* oder *Instituto de la Libertad* arbeiten direkt den rechten Parteien in Chile und anderen lateinamerikanischen Ländern mit neoliberaler Expertise zu und ermöglichten den rechten Gruppen und Parteien, sich nach außen von ihrer direkten Involvierung in die Militärdiktatur abzusetzen. Finanziert werden die Institute der Ex-Pinochetisten von chilenischen Geschäftskreisen, der US-Republikanischen Partei sowie Stiftungen wie der *Ford Foundation*, *Heritage* oder der *Seidel-Stiftung* der CSU (Montecinos 1993).

Für die öffentliche Aufwertung und Popularisierung neoliberaler Lehrmeinungen sorgten eine Reihe von Massenmedien, allen voran die mächtige Tageszeitung *El Mercurio* im Besitz von Augustín Edwards. Die ursprünglich liberal-konservative Zeitung wandelte sich ab den späten 1960er Jahren zu einem neoliberalen Kampfblatt, zumindest was den Wirtschaftsteil betrifft. Eine Medienanalyse zeigt, dass in den Artikeln und Kolumnen der neoliberalen Ökonomen systematisch die „kollektiven Wissensformen“ des damals herrschenden Entwicklungsmodells demontiert wurden: Die Beiträge der Chicago Boys handelten vor allem von der Ineffizienz staatlichen Wirtschaftens, dem notwendigen Rückbau staatlicher Kontrolle und dem Primat der Inflationsbekämpfung (Valdés 1995: 222f.). Für den Wirtschaftsteil und die Morgenausgabe zeichnete in den 1980er Jahren der gegenwärtig sehr erfolgreiche Frontmann

des rechten Parteienbündnisses, Joaquín Lavín, verantwortlich (Mönckeberg 2001: 155). Lavín, ebenfalls mit einem Master der Wirtschaftswissenschaft der Universität Chicago ausgestattet, ist de facto Führer der 1983 zur Unterstützung Pinochets gegründeten Partei Unión Demócrata Independiente (UDI).

Neben dem Medienimperium von Edwards spielt(e) die Verlagsgruppe *Cope-sa* mit ihren Radio- und TV-Sendern, den Tageszeitungen *La Tercera* und *La Cuarta* und der populären Zeitschrift *Qué Pasa* eine wichtige Rolle bei der Verbreitung neoliberaler Ideen. Auch hier wird die konkrete Interessenorganisation an der personellen Verflechtung sichtbar: Die Verlagsgruppe gehört zum Finanzimperium des Chicago Boy Ivaro Saieh; sein Teilhaber Sergio de Castro fungierte als Herausgeber bei *Qué Pasa*. Saieh hat den Printsektor in Chile gemeinsam mit Edwards praktisch monopolisiert (Mönckeberg 2001).

Schließlich finden sich viele Berater und Ex-Minister der Pinochet-Diktatur, aber auch Unternehmer, auf Lehrstühlen und/oder in den Direktorien der neu gegründeten, privaten Universitäten. Zu den bedeutendsten zählen die *Universidad del Desarrollo*, von Lavín und einer Handvoll mächtiger Finanzunternehmer gegründet, die *Universidad Finis Terrae* von Sergio de Castro sowie die *Universidad Andrés Bello*, an deren Gründung Ivaro Saieh federführend mitwirkte. Sie alle setzen heute die Tradition der Wirtschaftsfakultät der Universidad Católica fort (Mönckeberg 2001).

### 3.3 Die Unternehmerbewegung: Erziehung der Öffentlichkeit und der Unternehmer selbst

Wie gezeigt wurde, haben sich die chilenischen Unternehmersektoren im Laufe der 1960er Jahre und insbesondere unter der Regierung Allende von einer rein objektiven zu einer kollektiv handelnden, sozialen Klasse entwickelt. Obwohl ihre Ansichten damals noch wenige Fürsprecher in unternehmerischen Kreisen hatten, schafften es die *grupos economicos*, sich erfolgreich in dieser Bewegung zu verankern – und mit ihnen die neoliberalen Ökonomen. Denn die mächtigen Unternehmergruppen boten den Ökonomen Infrastruktur, Posten und Kontakte, damit sie ihre Rolle als „organische Intellektuelle“ wahrnehmen konnten (Silva 1991: 393–396; Valdés 1995: 218f., 225).

Diese Akteure waren sich darüber im Klaren, dass sie erstens auf die öffentliche Meinung zielen mussten und kapitalistische Werte in der Gesellschaft verankern mussten – denn die Öffentlichkeit war in Chile traditionell kritisch gegenüber Unternehmern eingestellt. Valdés zitiert die Korrespondenz zwischen führenden Unternehmervetretern, in der „die Erziehung der Massen“ eingemahnt wurde, denn es sei „kein Wunder, dass die Mehrheit der chilenischen Wählerschaft für staatliche Kontrolle eintritt. Ein Umstand, der schon bald zum Untergang des Privatunternehmertums und der Organisation, der wir angehören, führen wird“ (Übers. d. A., zit. in Valdés 1995: 222). Noch 1981 ergab eine Meinungsumfrage, dass 67% der Befragten gegen eine Privatisierung

staatlicher Unternehmen waren, 72% sprachen sich für ein staatlich getragenes Gesundheitswesen aus. Dies veranlasste das chilenische Wirtschaftsblatt *Estrategia* zu dem besorgten Kommentar, dass „die staatsorientierte Mentalität, die den Durchschnittschilenen während der letzten Jahrzehnte gekennzeichnet hat, weiterhin besteht.“ (zit. nach Arancibia 1982: 128) Um die Bevölkerung vom positiven Wirken der Privatunternehmer zu überzeugen und diese in kultureller und politischer Hinsicht zu stärken, traten bestehende Organisationen, Unternehmerkreise und die oben erwähnten Think Tanks mit Veranstaltungen, karitativen Aktivitäten und über (ihre) Medien an die Öffentlichkeit. Die Kampagnen zielten darauf, die Unternehmer als „moderne und wirklichkeitsnahe“ Menschen darzustellen.

Ein zweites Element des neoliberalen Diskurses zielte auf die „Erziehung der Kapitalisten selbst“. Denn die orthodox-liberalen Denk- und Praxisformen waren nicht nur für die Öffentlichkeit neu, sie „unterschieden sich [auch] erheblich von der Ideologie, die für die chilenischen Kapitalistenklassen und für die traditionelle Rechte bis zur Regierung Allende kennzeichnend gewesen waren“ (Valdés 1993: 58). Unternehmerorganisationen wie das *Instituto Chileno para la Administración Racional de la Empresa* (ICARE) richteten sich mit Ausbildungskursen, Weiterbildungsseminaren und Kreditprogrammen direkt an die Unternehmer (Valdés 1995: 222f.). Insgesamt ging es darum, neue Führungskräfte und eine „unternehmerische Mentalität“ unter den Unternehmern selbst heranzubilden, „denn der Reproduktionsmodus des traditionellen Unternehmertums bestand hauptsächlich darin, durch Verhandlungen mit dem Staat günstige Verwertungsbedingungen für den internen Markt zu erzielen. Derlei soziales Kapital hatte aber in der nunmehr nach außen geöffneten Wirtschaft an Relevanz verloren“ (Koch 1998: 75).

## 4. Die Vergangenheit in der Gegenwart: das „neue Chile“

Indem die Unternehmer in das Zentrum von Wirtschaft und Gesellschaft gerückt wurden, hatten sie seit Beginn der Transformation als politischer Akteur und als Klasse beträchtlichen Auftrieb erhalten. Ihre systemstabilisierende Position stellten sie insbesondere ab Mitte der 1980er Jahre und im Übergangsprozess zur Demokratie unter Beweis, eine Periode, die nun abschließend beleuchtet werden soll.

Chile wurde zu Beginn der 1980er Jahre von einer schweren Wirtschaftskrise getroffen, die wegen der vorangegangenen umfassenden Deregulierung und Außenöffnung besonders verheerende Ausmaße annahm. Angesichts des Glaubwürdigkeitsverlustes der Chicago Boys und heftiger Proteste war das Regime gezwungen, seine internen Machtstrukturen zu modifizieren und sich von den orthodoxesten Elementen des neoliberalen Programms zu verabschieden. In dieser neuen Konstellation ging die Hegemonie von den Chicago Boys und *grupos económicos* auf eine „pragmatisch neoliberale Unternehmer-

koalition“ über, deren Repräsentanten nun in Regierungsämter befördert wurden. Diese Koalition war weniger ideologisch, favorisierte flexible Maßnahmen zur Krisenbekämpfung und integrierte damit die Anliegen eines breiteren Spektrums der Unternehmerschaft (Imbusch 1995: 336f., 1999; Silva 1992, Silva 1996: Kap. 2). Um der Rezession entgegen zu wirken, wurden weit gehende Re-Regulierungsmaßnahmen ergriffen: Die Regierung trat mit den internationalen Gläubigern in Umschuldungsverhandlungen, verstaatlichte die privaten Banken- und Unternehmerschulden, dehnte die Kreditmöglichkeiten für (kleine und mittlere) Unternehmer aus und setzte Anreize für nicht-traditionelle Exporte (zu den Maßnahmen im einzelnen siehe Meller et al. 1992; Koch 1998: 76ff.; Imbusch 1999: 41ff.).

Das zum Weltmarkt hin offene Entwicklungsmodell stand bei dieser Reorientierung nicht in Frage. Der Druck der Unternehmerverbände auf die Regierung, eine pragmatischere Politik zu betreiben, war vielmehr gleichbedeutend mit einer Verteidigung ihrer eigenen ökonomischen Interessen und des politischen Regimes insgesamt, galt es doch, das Wirtschaftsmodell gegenüber der sich in den Krisenjahren formierenden pro-demokratischen Oppositionsbewegung abzusichern (Imbusch 1995: 363). Dabei stützte sich die zum Teil erneuerte Staatsführung abermals auf die traumatischen Erinnerungen von 1973: Das über die Massenmedien transportierte Bild der „gewaltbereiten Massen“ diente dazu, in den Mittelschichten die Angst vor Chaos und Anarchie zu reaktivieren (Silva 2001).

Nach der erreichten makroökonomischen Stabilisierung ging die Regierung Anfang 1985 wieder zu neoliberalen Politikformen über. Weitgehende Privatisierungsmaßnahmen, bei der auch strategische Sektoren verkauft wurden, stellten enorme Subsidien für den privaten Sektor dar. Diese zweite Privatisierungswelle führte abermals zu Strukturveränderungen, wobei vor allem ein neuartiger und höherer Konzentrationsprozess der Kapitale und eine aktivere Rolle transnationaler Konzerne gegenüber den nationalen Gruppen hervorstechen (vgl. Rozas/Marín 1988; Fazio 1997).

Das entscheidende Element besteht darin, dass die Unternehmer nach der überstandenen Rezession und der gelungenen Anpassung an die neuen Verhältnisse ihre Macht weiter zementieren und sich als „Garanten des neoliberalen Erfolgsmodells“ ausweisen konnten. Es war eine selbstbewusste, vom Staat zwar protegierte, aber von ihm unabhängigen Kasse entstanden, die neoliberale Prinzipien bis in die Reihen der Klein- und Mittelunternehmer hinein verinnerlicht hat und über eigene Think Tanks und Konzepte in Bezug auf die wichtigsten gesellschaftlichen Fragen verfügt (Imbusch 1995, 1999). Die Machtposition der Unternehmer war seit 1975 in dem Sinne aufgewertet worden, als immer mehr Aufgaben privatwirtschaftlich organisiert und kontrolliert wurden. Erst nach der Krise aber war es der Unternehmerbewegung gelungen, die Unternehmer als Reichtumsproduzenten im kollektiven Bewusstsein zu verankern, von deren Dynamik die wirtschaftliche Entwicklung und Stabilität des Landes abhängig ist (Imbusch 1998: 39). Sie gelten heute als hochgradig motiviert, flexibel und

dynamisch, weltoffen und konkurrenzfähig. Von einer „*revolución empresarial*“ ist die Rede und von einer „neuen Unternehmerschaft“, die in neuen Sektoren agiert und aktiv Märkte erobert. Zur viel beschworenen Dynamik gesellte sich in ihrer ideologischen Kampagne auch die soziale und gesamtgesellschaftliche Verantwortung, die sie in den Krisenjahren so erfolgreich unter Beweis gestellt hatten (Campero 1995; Imbusch 1995: 378ff., 1998: 43f.; 1999).

Der in der zweiten Hälfte der 1980er Jahren begründete Elitenkonsens besteht darin, mit den „Kräften der Vergangenheit“ nicht vollständig zu brechen und das neoliberale Modell mit sozialen Reformen abzumildern (Silva 2001). Auch im paktierten Übergangsprozess zur Demokratie, der einer Niederlage der demokratischen Volksbewegung und einem symbolischen Sieg der konservativen Eliten gleichkam, erwiesen sich die Unternehmer und ihre Verbände als politikbestimmende Verteidiger des Status quo: „Während sich die Militärs bis auf den Mann an der Spitze langsam aus der Politik ‚zurückzogen‘, rückten die Unternehmer zu zentralen politischen Akteuren auf, die in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen jener Jahre zur aktivsten Gruppierung wurden“ (Imbusch 1998: 40).

Der Triumph des neoliberalen Gründungsprojekts besteht nach Moulian darin, dass es seine ehemaligen Gegner nach 1990 übernommen und ihm so neue Legitimität verliehen haben (Moulian 1997: 145ff.). Einerseits passten sich die Oppositionsparteien dem mittlerweile pragmatisch-neoliberal ausgerichteten Modell der Diktatur an, andererseits war deren Zustimmung auch der Preis für den Übergang zur Demokratie, machte doch Pinochet deutlich, dass dieser von der Beibehaltung des neoliberalen Wirtschaftsmodells abhängig sei (Puryar 1994, Imbusch 1998). Die Rückkehr auf den Wachstumspfad ließ diese Junktimierung geradezu als „objektiven Sachzwang“ erscheinen (die Schattenseiten des neoliberalen Modells blieben im öffentlichen Diskurs selbstredend konsequent ausgeklammert).

Dass das neoliberale Gründungsprojekt in Ökonomie und Gesellschaft in den 1990er Jahren weiter perpetuiert wurde, dafür gibt es mehrere Gründe. Zum einen hat die neoliberale Transformation – unter dem „Schutz“ des autoritären Entwicklungsstaates – im wirtschaftlichen Bereich harte Machtformationen hervorgebracht. Die faktische Macht der *grupos económicos* engt den Handlungsspielraum der demokratischen Regierungen erheblich ein, auch die Kommunikationskanäle zu den Unternehmerverbänden blieben weit geöffnet. Ohne deren Zustimmung sind wesentliche Neuerungen in zentralen Bereichen, wie in der Steuer- und Arbeitsmarktpolitik, nicht durchzusetzen (Thiery 1997). Zum anderen wirken auf politisch-institutioneller Ebene Relikte aus der Militärdiktatur fort. Das Wahlsystem und die Verfassung von 1980 enthalten eine Reihe „autoritärer Enklaven“, die den Einfluss der Militärs und ihrer zivilen Unterstützer auch nach der Redemokratisierung sichern und es unmöglich machen, Reformen durchzuführen, die das institutionelle, politische, wirtschaftliche und soziale Modell der Diktatur grundlegend verändern würden.

Auf gesellschaftlicher Ebene ist insbesondere die internalisierte Angst vor Konflikt dafür verantwortlich, dass sich nach dem paktierten Übergang zur

Demokratie das Modell einer Konsensdemokratie (unter Beibehaltung des neoliberalen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells) schnell etablieren konnte. Die Gleichung „Konflikt = Zerstörung = Neuaufgabe der Diktatur“ bestimmt das Wahlverhalten im neuen Chile: Was sich konflikthaft präsentiert, weckt Erinnerungen an die Zerstörung der Demokratie und wird deshalb nicht gewählt (Becker 1996: 20f.). Planungsdenken und staatliche Intervention bleiben stark diskreditiert und politische Entscheidungen der technokratischen und vorgeblich ideologiefreien Entscheidungsfindung überantwortet (Montecinos 1993; Moulian 1997: 56f., 364; Larraín 2001).

Schließlich konstatiert eine Reihe von Autoren der chilenischen Gesellschaft eine Verinnerlichung neoliberaler Marktkonzepte, die seinen Ausdruck in einer stark ausgeprägten Konsumkultur findet (Arancibia 1982: 120ff.; Imbusch 1998: 53ff.; Moulian 1997: 99–123; Tironi 1999; Silva 2001; Larraín 2001). Der Importansturm von Konsumgütern hat zusammen mit neuen Kredit- oder besser Verschuldungsmöglichkeiten erfolgreich dazu beigetragen, aus Bürgern Konsumenten zu machen. Durch die vor fast drei Jahrzehnten einsetzende Zerstörung kollektiver Identitäten und Praxisformen wurde individuelle und politische Freiheit zunehmend durch die „Freiheit zu konsumieren“ redefiniert: „At the end, the expansion of consumerist behaviour in Chile generated a kind of passive conformism among the population, who eventually accepted the individualistic tenets of the neo-liberal economic model based on the search for private satisfactions. Chile had in fact become a consumer society, this despite the country's strong social stratification and inequalities.“ (Silva 2001: 5)

## 5. Schlussbemerkungen

Das Zusammenspiel von neoliberalen Theoretikern und Praktikern hat sich in Chile bei der gewaltsamen Umstrukturierung als auch bei der Entwicklung einer wettbewerbsorientierten Marktgesellschaft als sehr „erfolgreich“ erwiesen. Der autoritäre Entwicklungsstaat bot den ökonomischen Eliten und seinen organischen Intellektuellen die Möglichkeit, die – von den Chicago Boys so genannte – Revolution ins Werk setzen, die den konsequenten Bruch mit dem vorangegangenen Entwicklungsmodell zum Ziel hatte.

Diese „Strukturanpassungspolitik“ traf jedoch auf eine Gesellschaft, die durch staatliche Wirtschaftstätigkeit und eine starke Regulierung privater Aktivitäten gekennzeichnet war. Die am Beginn der Transformation stehende neoliberale Ordnungspolitik ist deshalb, wie Müller-Plantenberg (1997) herausgestrichen hat, strikt zu unterscheiden von einer Politik, die darauf ausgerichtet ist, eine nach neoliberalen Prinzipien funktionierende Gesellschaft zu etablieren und nachhaltig zu bewahren.

Auch in dieser Hinsicht kann das Zusammenwirken von neoliberalen Theoretikern und Praktikern in Chile als erfolgreich angesehen werden. Nicht in dem Sinne, dass die Auffassungen der marktradikalen Politik, Wissenschaft und

Publizistik von allen geteilt würden, sondern indem neoliberale Politikmuster den kaum hinterfragten Referenzpunkt allen politischen Handelns abgeben (Silva 1991: 399). Erreicht wurde dies durch die diskurs-ideologischen Praktiken des Regimes, mit denen auf kollektive Mentalitäten – soziale und politische Wissensformen – und auf individuelle Einstellungen eingewirkt wurde (schon Hayek sah es als erwiesen an, dass eine Politik der erweiterten Staatsintervention eine bestimmte Mentalität bei der Bevölkerung befördert). Die Transformation der materiellen Strukturen begleitend, sorg(t)en „Hegemonieapparate“ wie Think Tanks und Stiftungen, Unternehmerorganisationen und Medien dafür, neoliberale Denk- und Praxisformen in der Gesellschaft zu verankern.

Anhand der genannten Hegemonieapparate kann auch der Zusammenhang von Interessen, Institutionen und Ideen gezeigt werden. Ihr gezielter Aufbau ist als institutionelle Interessenorganisation der intellektuellen und politischen Eliten zu analysieren, mit der sie den weitreichenden Einfluss ihrer Partikularinteressen sicher stellten. Gemeinsam mit transnational standardisierten Ausbildungsprogrammen und universitären Lehrplänen sorgen sie für die regionale Verankerung neoliberaler Lehrmeinungen und für deren fortgesetzten gesellschaftlichen und institutionellen Einfluss. Eine stabil verankerte ökonomische Expertokratie kann sich auf die Unterstützung der Regierung und auf die Hegemonie ihrer Doktrinen stützen. Gleichzeitig sorgen *economic teams* nachhaltig dafür, einen „technokratischen Autoritarismus“ gegenüber einer breiten politischen Willensbildung abzusichern. Auf der Basis eines „allgemein gültigen und international geteilten Wissens“ wird in Chile im Rahmen eines gewaltsam durchgesetzten institutionellen Regelwerks, aber auch in anderen neuen Demokratien Lateinamerikas ein – nach neoliberalen Denkformen ausgerichteteter – technokratischer Politikstil fortgeschrieben (zur Produktion und Verteilung neoliberalen Wissens siehe auch Walpen und Plehwe in diesem Heft; über die Zusammensetzung und Ausbildung von *economic teams* vgl. Silva 1991; Montecinos 1993; Silva 1996; Centeno/Silva 1998).

Im „neuen Chile“ wird das neoliberale Gründungsprojekt weniger durch Zwang als durch Konsens gesichert. Oppositionelle Kräfte sind davon zweifach negativ betroffen: Erstens bewirkt eine solche hegemoniale Konstellation, dass sämtliche politische Strömungen auf neoliberale Grundpositionen einschwenken. Zweitens haben es soziale Bewegungen und Formen kollektiven Bewusstseins schwer, andere gesellschaftspolitische Wert- und Zielvorstellungen und alternative Politikentwürfe stark zu machen. Profitieren konnte davon bislang fast ausschließlich die diskursive Strategie der Rechten: Es ist die populistische Rechte mit ihrem Frontmann Lavín, die aus dem Wunsch nach Veränderung Kapital schlägt. Den Linken bleibt das Engagement in lokalen Initiativen und ökologischen Kämpfen und der Hinweis auf das „verlorene Drittel“ der Gesellschaft, das den Wahlen konsequent fernbleibt und damit ein tiefes Misstrauen gegenüber dem institutionellen System zum Ausdruck bringt. Dieses gilt es für vielfältige Gegenmachtstrategien zu gewinnen.

## Abstracts

The author examines the neoliberal transformation in Chile analysing the authoritarian modernization implemented by the Pinochet regime after the military coup of 1973 and the ongoing hegemony of neoliberal principles in the Chilean society and economy after the democratic transition. To explain the support of the neoliberal transformation by dominant segments of the Chilean society (including significant parts of the middle class) the historical development of the economic elites since the 1930s is briefly scrutinized. In order to examine the consistent and far-reaching marketization of the Chilean society the focus is on the relationship of institutions, ideas and actors. The institutional establishment of neoliberal knowledge and economic teams and a mighty neo-liberal discourse (worked out by think tanks, business organizations and media) were instrumental in preserving the neoliberal project.

Der Beitrag behandelt die neoliberale Transformation in Chile, wobei zum einen die gewaltsame Umstrukturierung im Gefolge des Militärputsches 1973 und zum anderen die anhaltende Wirkungsmacht neoliberaler Hegemonie in der chilenischen Gesellschaft untersucht wird. Um die breite Unterstützung für die autoritäre Modernisierung zu begründen, wird in einem ersten Schritt die Entwicklung der chilenischen Wirtschaftseliten, die bis weit in die Mittelschichten hinein die soziale Basis des Regimes bildeten, seit den 1930er Jahren nachgezeichnet. In einem zweiten Schritt wird gezeigt, auf welche Weise Staatsführung, marktradikale Intellektuelle und Technokraten (im Verbund mit Medien) zusammenwirkten, um die Gesellschaft systematisch marktförmig zu machen. Die Entfaltung eines machtvollen neoliberalen Diskurses hatte zusammen mit konkreter Interessenorganisation und der Etablierung und institutionellen Absicherung einer neoliberal orientierten ökonomischen Expertokratie wesentlichen Anteil daran, das „neoliberale Gründungsprojekt“ in Ökonomie und Gesellschaft zu konservieren.

## Anmerkung

Dieser Artikel entstand im Rahmen eines vom Österreichischen Fonds zur Förderung wissenschaftlicher Forschung (FWF) unter der Nummer P 14883 geförderten Forschungsprojektes.

## Literatur

- Arancibia, Armando C. 1992. „Chile: Mythos und Wirklichkeit des autoritären Projekts.“ *Lateinamerika. Analysen und Berichte*, Nr. 6 (1992), 114–129.
- Arrighi, Giovanni. 1994. *The Long Twentieth Century. Money, Power, and the Origins of Our Times*. London: Verso.
- Becker, David. 1996. „Chile: Wirtschaftsmythos und Menschenrechtsrealität in der Nachdiktatur.“ *Lateinamerika. Analysen und Berichte*, Nr. 20 (1996), 15–30.

- Calderón, Hugo. 1981. *Veränderungen in der Klassenstruktur der chilenischen Bourgeoisie 1970–1980*. In: Der Monetarismus an der Macht, Hg. Hugo Calderón/Jaime Ensignia/Eugenio Rivera, Hamburg: Junius, 13–58.
- Campero, Guillermo. 1995. *Entrepreneurs under the Military Regime*. In: The Struggle for Democracy in Chile 1982–1990, Hg. Paul W. Drake/Ivan Jaksic, Lincoln/London: University of Nebraska Press, 128–158.
- Castells, Manuel. 1974. *La lucha de clases en Chile*. Buenos Aires: Siglo XXI.
- Castiglioni, Rossana. 2001. „Pensions and Soldiers: the Role of Power, Ideas, and Velo Players under Military Rule in Chile and Uruguay.“ Paper presented at the XVI Jornadas Anuales de Economía of the Banco Central del Uruguay, Montevideo, July 30–31, 2001.
- Centeno, Miguel Angel, Patricio Silva, Hg. 1998. *The Politics of Expertise in Latin America*. Houndmills/London: Macmillan Press.
- Dahse, Fernando. 1979. *El mapa de la extrema riqueza. Los grupos económicos y el proceso de concentración de capitales*. Santiago: Editorial Aconcagua.
- Eicker-Wolf, Kai, Torsten Niechoj, Sabine Reiner. 1997. „Konzepte der Ungleichheit in der neoliberalen Theorie.“ *Forum Wissenschaft*, Nr. 4 (1997), 14–17.
- Fazio, Hugo. 1997. *Mapa actual de la extrema riqueza en Chile*. Santiago: LOM Ediciones.
- Imbusch, Peter. 1995. *Unternehmer und Politik in Chile. Eine Studie zum politischen Verhalten der Unternehmer und ihrer Verbände*. Frankfurt a.M.: Vervuert Verlag.
- Imbusch, Peter. 1998. „Die Mächte der Vergangenheit in den Herrschaftsstrukturen der Gegenwart: der Fall Chile.“ *Lateinamerika. Analysen und Berichte*, Nr. 22 (1998), 36–58.
- Imbusch, Peter. 1999. „Chile: Die politische Konstituierung von Märkten und die Dynamisierung unternehmerischen Handelns als Zwangsprojekt.“ *Peripherie*, Nr. 73/74, (April 1999), 29–52.
- Koch, Max. 1998. *Unternehmen Transformation. Sozialstruktur und gesellschaftlicher Wandel in Chile*. Frankfurt/Main: Vervuert.
- Kornbluh, Peter, Hg. 2001. *The Pinochet File. A Declassified Dossier on Atrocity and Accountability*. New York: New Press.
- Larraín, Jorge. 2001. *Identidad Chilena*. Santiago: LOM Ediciones.
- Lemke, Thomas. 2001. „Die Ungleichheit ist für alle gleich – Michel Foucauts Analyse der neoliberalen Gouvernementalität.“ *1999 – Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts*, Nr. 2 (2001), 99–115.
- Meller, Patricio et al. 1992. *Chile. Evolución macroeconómica financiación externa y cambio político en la década de los 80* (Serie estudios América Latina en la década de los 80). Madrid: AECI/CEDEAL.
- Montecinos, Verónica. 1993. „Economic Policy Elites and Democratic Consolidation.“ Working Paper Nr. 191, Working Paper Series Kellogg Institute for International Studies, University of Notre Dame.
- Moulian, Tomás. 1997. *Chile actual. Anatomía de un mito*. Santiago: LOM Ediciones.
- Mönckeberg, María Olivia. 2001. *El Saqueo de los Grupos Económicos al Estado chileno*. Santiago: Ediciones B.
- Müller-Plantenberg, Urs. 1997. *Theorie und Praxis des Neoliberalismus*. In: Neoliberalismus und Arbeitsbeziehungen in Lateinamerika, Hg. Rainer Dombois/Peter Imbusch/Hans-Joachim Lauth/Peter Thiery (Schriftenreihe des IIK, Bd. 46), Frankfurt/Main: Vervuert, 68–74.
- Oppenheim, Lois Hecht. 1993. *Politics in Chile: Democracy, Authoritarianism, and the Search for Development*. Boulder: Westview.
- Plehwe, Dieter, Bernhard Walpen. 1999. „Wissenschaftliche und wissenschaftstheoretische Produktionsweisen im Neoliberalismus.“ *Prokla*, Nr. 2 (Juni 1999), 203–235.

- Ptak, Ralf. 2002. Chefsache. Basta! Der Neoliberalismus als antiegalitäre, antidemokratische Leitideologie. In: Demokratie – wo und wie, Hg. Norman Paech/Eckart Spoo/Reiner Butenschön, Hamburg: VSA-Verlag.
- Puryear, Jeffrey M. 1994. *Thinking Politics. Intellectuals and Democracy in Chile, 1973–1988*. Baltimore/London: The Johns Hopkins University Press.
- Rozas, Patricio, Gustavo Marín. 1989. 1988: El „mapa de la extrema riqueza“ 10 años después. Santiago: Ediciones Chile América CESOC.
- Salazar, Gabriel. 1992. „Los límites históricos de la modernidad (neo) liberal en Chile.“, *Cuadernos de Historia*, Nr. 12, 97–118.
- Salazar, Gabriel, Julio Pinto. 1999. *Historia contemporánea de Chile*, vol. I (Estado, legitimidad, ciudadanía), vol. II (Actores, identidad y movimiento). Santiago: LOM Ediciones.
- Silva, Eduardo. 1992. *The Political Economy of Chile's Regime Transition: From Radical to „Pragmatic“ Neo-Liberal Policies*. In: The Struggle for Democracy in Chile, Hg. Paul Drake/Iván Jaksic, Lincoln/London: University of Nebraska Press, 98–127.
- Silva, Eduardo. 1993. „Capitalist Coalitions, the State, and Neoliberal Economic Restructuring: Chile 1973–88.“ *World Politics*, Nr. 45 (July 1993), 526–559.
- Silva, Eduardo. 1996. *The State and Capital in Chile: Business Elites, Technocrats, and Market Economics*. Boulder: Westview Press.
- Silva, Patricio. 1991. „Technocrats and Politics in Chile: from the Chicago Boys to the CIEPLAN Monks.“ *Journal of Latin American Studies*, Nr. 23 (May 1991), 385–410.
- Silva, Patricio. 2001. „Democratisation and State-Civil Society Relations in Chile, 1983–2000: From Effervescence to Deactivation.“ Paper presented at the International Conference „The Role of Civil Society in Conflict Resolution“, National University of Ireland, 14–16 February 2001.
- Thiery, Peter. 1997. *Der Wandel der Arbeitsbeziehungen im demokratischen Chile (1990–1996)*. In: Neoliberalismus und Arbeitsbeziehungen in Lateinamerika, Hg. Rainer Dombos/Peter Imbusch/Hans-Joachim Lauth/Peter Thiery, Frankfurt/M.: Vervuert Verlag, 254–275.
- Tironi, Ernesto. 1982. *El modelo neoliberal chileno y su implantación*. Santiago: CED.
- Tironi, Ernesto. 1999. *La irrupción de las masas y el malestar de las elites. Chile en el cambio de siglo*. Santiago: Editorial Grijalbo.
- Valdés, Juan Gabriel. 1993. „Die Chicago-Schule: Operation Chile.“ *Lateinamerika. Analysen und Berichte*, Nr. 17 (1993), 36–60.
- Valdés, Juan Gabriel. 1995. *Pinochet's Economists. The Chicago School in Chile*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Vergara, Pilar. 1985. *Auge y Caída del Neoliberalismo en Chile. Un Estudio sobre la Evolución Ideológica del Régimen Militar*. Santiago: FLACSO-Salesianos.
- Walpen, Bernhard, Dieter Plehwe. 2001. „Berichte über Chile. Die Mont Pèlerin Society und die Diktatur Pinochet.“ 1999 – *Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts*, Nr. 2 (2001), 42–70.

Karin Fischer, Institut für Stadt- und Regionalforschung,  
Österreichische Akademie der Wissenschaften,  
Postgasse 7/4/2, A-1010 Wien  
e-mail: Karin.Fischer@oeaw.ac.at

Journal für Entwicklungspolitik XVIII/3, 2002, S. 249–264

Dieter Plehwe

## Neoliberale Ideen aus der nationalen Peripherie ins Zentrum gerückt: Der Fall Mexiko

Dass Mexiko einmal ein Musterland bei der Umsetzung einer tiefgreifenden, neoliberalen Transformation darstellen würde, galt lange Zeit als unwahrscheinlich. Denn Mexiko hatte – wie viele andere lateinamerikanische Länder auch – seit mindestens einem halben Jahrhundert eine auf den Binnenmarkt gerichtete Entwicklungsstrategie verfolgt. Das Freihandelsdenken eines Adam Smith oder das Konzept eines wirtschafts- und sozialpolitisch zurückhaltenden Staates war wenig beliebt. Demgegenüber standen Ideen in der Tradition pro-staatlicher ökonomischer Entwicklungspolitik à la Friedrich List – dependenz-theoretisch zum Paradigma der import-substituierenden Entwicklung überarbeitet – hoch im Kurs. Die kontinuierliche Herrschaft der Partei der institutionalisierten Revolution (PRI) brachte die Hegemonie des aktiven Entwicklungsstaates und der versuchten Importsubstitution politisch zum Ausdruck.

Erst im Gefolge der Verschuldungskrise Anfang der 1980er Jahre und unter dem Druck des aggressiven Unilateralismus der USA, der uneingeschränkten Hegemonialmacht der amerikanischen Hemisphäre, begann der bis dahin herrschende nationale Entwicklungskonsens abzubrockeln. In diesem Zeitraum, der in Bezug auf Entwicklungsfortschritte zu Recht als „verlorene Dekade“ in die entwicklungspolitische Geschichtsschreibung einging, vollzog die über Jahrzehnte unangefochtene politische Führung Mexikos eine weitreichende Wende: Der nationale „Entwicklungskapitalismus“ wurde erst zögerlich, allmählich aber konsequenter durch die Strategie einer exportorientierten Industrialisierung abgelöst. Während mit dieser Neuorientierung durchaus die Absicherung der Macht der PRI intendiert wurde – die PRI hatte ein nahezu autoritäres Regierungssystem institutionalisiert und scheute auch vor Wahlmanipulationen nicht zurück –, trug die Richtungsänderung zunächst zum erweiterten Spielraum von politischen Oppositionskräften bei, die im Jahr 2000 die politische Herrschaft der PRI auf Bundesebene schließlich beenden konnten. Der Beitritt des „Schwellenlandes“ Mexiko zum Welthandelsabkommen (GATT) im Jahr 1986, der Abschluss des regionalen nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA zwischen den USA, Kanada und Mexiko 1994 und schließlich der OECD-Beitritt (ebenfalls 1994) markieren wichtige Weichenstellungen bei der entwicklungsstrategischen Neuorientierung.

Hat sich mit diesem Kurswechsel der Hobbessche *contender state* Mexiko erfolgreich zu den entwickelten Industrienationen des Lockschen *heartland* (van der Pijl 1995) gesellt? Sicherlich nicht. Der Aufstand der Zapatisten in Chiapas zum Gründungsdatum des NAFTA-Abkommens und der von dort ausgerufene